



Niederschrift der 4. Schul- und Sozialausschusssitzung vom 02.12.2019

Ort: Neues Rathaus, Beratungsraum "Baunatal", Markt 7 A, 06526 Sangerhausen
Tag: 02.12.2019
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: Uhr

Anwesenheit:

- Holger Scholz - CDU
- Monika Rauhut - BOS/FDP/BV
- Torsten Wagner - BOS/FDP/BV
- Klaus Kotzur - DIE LINKE
- Karoline Spröte - DIE LINKE
- Frau Liesong - B.I.S.
- Norbert Jung - SPD/DIE GRÜNEN
- Kati Völkel - SPD/DIE GRÜNEN
- Ellen Siefke - AfD

Sachkundige Einwohner

- Uwe Ostrowski - AfD
- Ingo Horlbog - BOS/FDP/BV

Gast

- Daniel Eberhardt - Vorsitzender Stadtelternrat
- Herr Unger - Schiedsstelle
- Holger Hüttel - Stadtrat DIE LINKE

entschuldigt fehlten: - Katharina Ruschke - SPD / DIE GRÜNEN

verspätet erschienen: Herr Eberhardt - Vorsitzender Stadtelternrat
Herr Unger, Schiedsstelle

vorzeitiges Verlassen: Herr Eberhardt - Vorsitzender Stadtelternrat
Herr Unger, Schiedsstelle

Stadtverwaltung: Herr Michael, Fachbereichsleiter Bürgerservice
Frau Große, Fachdienstleiterin 40.7
Frau Brenneiser, Fachdienstleiterin 07.7

Tagungsleitung: Frau Karoline Spröte

Tagesordnung gemäß Einladung:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift des 03. Schul- und Sozialausschusses**
4. **Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 4.1 Beratung von Beschlussvorlagen zur 06. Ratssitzung am 12.12.2019 entsprechend den Verweisungen des Hauptausschusses
5. **Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
 - 5.1 Beratung von Beschlussvorlagen zur 06. Ratssitzung am 12.12.2019 entsprechend den Verweisungen des Hauptausschusses
 - 5.2 Informationen aus der Verwaltung und Anfragen der Stadträte

Zu 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende des Schul- und Sozialausschusses, Frau Karoline Spröte, begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder, sachkundige Einwohner, Gäste und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung wurde festgestellt. Die Beschlussfähigkeit ist mit **9** Stadträten gegeben.

Zu 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung schlägt den Ablauf der Sitzung gemäß des verteilten Ablaufplanes vor. Seitens der Stadträte gibt es keine weiteren Änderungsanträge zur Tagesordnung

Abstimmung über die Tagesordnung

Ja-Stimmen	=	9
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Zu 3. Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen 3. Sitzung des Schul- und Sozialausschuss sowie der 3. Sitzung des Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus vom 04.11.2019

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen	=	8
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Zu 4. Beratung in öffentlicher Sitzung

- 4.1. **Beratung von Beschlussvorlagen zur 6. Ratssitzung am 12.12.2019 entsprechend den Verweisungen des Hauptausschusses**

Es gibt keine Verweisungen

4.2. Informationen aus der Verwaltung und Anfragen der Stadträte

Frau Brenneiser

informiert die Stadträte über die Ehrenamtssatzung betreffs der Schiedsstelle.

Frau Spröte

erwähnt, dass Herr Kern während der Diskussion "Aufwandsentschädigung der Stadträte" die Frage gestellt hat, warum die Mitglieder der Schiedsstelle keine Aufwandsentschädigung bekommen.

Frau Brenneiser

sagt, dass die Schiedsstelle nach dem Schlichtungsgesetz arbeitet und die Mitglieder für die Zeit von 5 Jahren vom Gericht berufen werden. Die Schiedsstelle setzt sich aus 3 Mitgliedern (2 Männern und 1 Frau) zusammen. Einmal im Monat (immer dienstags) tagt die Schiedsstelle und wird nur auf Antrag tatsächlich tätig. Es wird eine Gebühr (25 - 75 €) eingenommen, die zur Hälfte bei der Schiedsstelle bleibt. Eine ganze Menge an Arbeit wird gar nicht vergütet. Im Moment erfolgt ein Umdenken. Im Januar 2020 wird die Stadt dazu einen eigenen Vorschlag in den Rat einbringen.

Frau Rauhut

fragt, wieviel die Stadt als kleine Aufwandsentschädigung zahlen will. Sie findet es selbstverständlich, dass den Mitgliedern der Schiedsstelle eine kleine Aufwandsentschädigung zusteht und ist erstaunt, dass diese Arbeit bisher nicht honoriert wurde.

Frau Brenneiser

antwortet, dass es nie ein Thema vom Gesetzgeber war. Die Arbeit wird immer mehr, der Bürger lässt sich nicht mehr alles gefallen. Diese Sachen, wie z. B. Nachbarschaftsstreitigkeiten, der Hund bellt zu laut oder Handgreiflichkeiten, landen dann bei der Schiedsstelle. Es wird aber auch immer schwieriger, Personen zu finden, die bereit sind, so ein Ehrenamt zu übernehmen. Deshalb ist es nur verständlich, dass Herr Kern dieses Thema angesprochen hat. Herr Unger ist z. B. Schiedsvorsitzender seit 14 Jahren. Es ist ein Prozess, der langsam gewachsen ist. Um die Frage von Frau Rauhut zu beantworten, wäre ihr persönlicher Vorschlag, den es natürlich noch abzustimmen gilt, sind 20 € im Monat / Person als Pauschale für einmal im Monat die Sprechstunde von 2 Stunden (Schöffen kriegen maximal 5 € / Stunde) und 2 Stunden zusätzlich jedes Mitglied für die zusätzliche Arbeit.

Herr Kotzur

hat bisher nicht gewusst, dass der Gesetzgeber die Schiedsleute so benachteiligt. Da wird das Ehrenamt immer so hoch gehoben. Es handelt sich hier um Bürger, die sich in ihrer Freizeit um Rechtsprechung, um Schlichtung von Streitigkeiten usw. kümmern und mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit verhindern, dass überhaupt solche Sachverhalte vor Gericht landen. Er stimmt dem Vorschlag zu, da man deren Arbeit nicht unterschätzen sollte.

Frau Liesong

ist auch für die Aufwandsentschädigung.

Herr Hüttel

möchte wissen, ob die Schöffen Teil des Justizsystems sind. Er kann auch nicht verstehen, dass diese Leute kein Geld bekommen. Er fragt, ob die Stadt nicht über den Städte- und Gemeindebund anregen kann, dass dieses Thema im Landtag bzw. im Bundestag nochmal aufgenommen werden kann. Er würde auf jeden Fall bitten, wenn dem zugestimmt wird, dass man versucht über den Städte- und Gemeindebund eine Regelung zu treffen. Es kann nicht sein, dass dann wieder der letzte, in dem Fall die Stadt, zahlt. Unabhängig davon kann er nicht verstehen, dass diese Leute kein Geld bekommen.

Frau Brenneiser

sagt, es gibt einen Bund der Schiedsfrauen und Schiedsmänner im Bundesverband. Dieser ist sehr aktiv, der betreut tatsächlich alle Schiedsstellen im gesamten Bundesgebiet und dieser Bund nimmt die Anfragen und Probleme der Schiedspersonen sehr ernst und arbeitet sie auf. Es gibt auch eine Schiedsstellenzeitung, die wir auch als Stadt Sangerhausen für unsere Schiedsleute beziehen, in der auch diese Themen aufgearbeitet werden und auch noch mal entsprechende Hinweise gegeben werden. Also, die sind da schon aktiv, da auch der Bund erfahren muss, dass es immer schwerer wird, ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger zu finden, die diese Aufgabe übernehmen und die wirklich für "lau" dieses Ehrenamt wahrnehmen und mit Begeisterung rangehen. Auch unsere 3 Schiedsleute, die seit 1 1/2 Jahren dieses Ehrenamt angenommen haben, sind sehr aktiv. Es sind immer alle 3 Mitglieder zu jeder Sitzung da.

Herr Hüttel

meint, es kommt im politischen Raum nichts an, dass man da auch was verändert. Denn es geht ja hier wirklich nicht um Riesensummen.

Lt. Frau Liesong

soll die Gewährung einer Aufwandsentschädigung aber nicht aussehen wie eine "Gnadenakt", den wir gewähren sondern in der Ehrenamtssatzung fest verankert sein.

Herr Michael

sagt, es ist so, wir tragen die Anfragen an den Städte- und Gemeindebund zusammen und dieser möge die gesammelten Werke an das zuständige Ministerium weiterleiten. Da wird auch erstmal nichts festgeschrieben. Wenn wir das aber in unsere Ehrenamtssatzung aufnehmen, dann bleibt das so lange drin bis etwas anderes beschlossen wird.

Lt. Frau Rauhut

sollen die 3 Mitglieder auf jeden Fall (möglichst ab sofort) diese kleine Entschädigung bekommen. Wir sollten uns stark machen, dass das Geld, was wir jetzt aus unserem "Stadt-säck" verauslagen, dann vom Bund oder Land zurückbekommt.

Frau Brenneiser

sagt, wir können jetzt auch nicht gleich bezahlen, weil wir tatsächlich erst den Beschluss des Stadtrates abwarten müssen. Wir können also nur auf Grund der Änderung der Satzung diese Aufwandsentschädigung zahlen. Leider gibt es vom Gesetzgeber keine Möglichkeit, dieses Geld zurück zu holen. Auch unsere Direktorin vom Amtsgericht, die für unseren Bereich zuständig ist, hat im Gespräch mit den Schiedsleuten darauf verwiesen, dass das nur per Satzung zu regeln ist. Es muss tatsächlich erst eine Gesetzesänderung geben, die eine Entschädigung festschreibt und ab da wäre es auch legitim das Geld vom Bund zurück zu holen. im Moment gibt es da keine Chance.

Herr Hüttel

fragt, wem die Schiedsleute unterstellt sind? Sind sie dem Oberbürgermeister oder sind sie dem Amtsgericht unterstellt? Lt. Frau Brenneiser sind die Schiedsleute dem Amtsgericht unterstellt. Der Gesetzgeber sagt hier ganz klar, dass es Aufgabe der Kommune ist eine Schiedsstelle einzurichten. Unsere Aufgabe ist auszuschreiben, die Schiedsstelle zu etablieren, Personen vorzuschlagen, die dann durch die Direktorin berufen werden. Für den fachlichen Teil ist das Amtsgericht der Ansprechpartner. Die Zuständigkeit der Kommune liegt im sachlichen Teil, z. B., dass die Schiedsstelle eine Räumlichkeit hat, das Büromaterial da ist usw. Lt. Amtsgericht ist ganz klar vom Gesetzgeber geregelt, dass es keine offizielle Entschädigung gibt. Es ist damit abgetan, dass die Hälfte der Gebühren, die eingenommen werden, der Schiedsstelle zustehen. Außerdem hat die Schiedsstelle die Möglichkeit ein Ordnungsgeld zu verhängen, die Höhe ist auf 75 € festgeschrieben. Dieser Betrag würde dann auch komplett bei der Schiedsstelle verbleiben. In den ganzen Jahren ist aber noch

nie ein Ordnungsgeld verhängen worden, da es der Schiedsstelle mit ihrer sozialen Ader wirklich immer gelungen ist, eine Schlichtung herbeizuführen.

Herr Jung

möchte abschließend noch wissen, wie viele Fälle im Schnitt verhandelt werden? Lt. *Frau Brenneiser* ist das ganz unterschiedlich, zur letzten Sitzung saßen bereits 3 Parteien vor der Tür. Viele versuchen es auch zwischendurch. Die kommen dann ohne Termin, es gibt natürlich auch Stoßzeiten.

Präsentation "Daten zur sozialen Entwicklung der Stadt Sangerhausen mit Blick auf den Stadtteil Südwest"

Herr Michael

stellt erstmal Frau Große als neue Fachdienstleiterin für Soziales und Sport vor.

Herr Hüttel

fragt an, bevor Frau Große das Wort ergreift, ob man die Präsentation ins Netz stellen kann? Herr Michael / Frau Große bejahen dies.

Frau Große

stellt die Daten zur sozialen Entwicklung der Stadt Sangerhausen mit Blick auf den Stadtteil Südwest in Form einer Präsentation dar. Dabei vergleicht sie die Kernstadt Sangerhausen mit dem Stadtteil Südwest in Bezug auf Einwohnerzahlen, dem Anteil an über 60jährigen und Projekten, wie z. B. "Gesund im Alter" usw. Die Geburtenrate ist im Vergleich zur Sterberate sehr gering. Abschließend werden Verbesserungsmöglichkeiten für den Stadtteil Südwest vorgestellt.

Herr Kotzur

bemerkte, dass die Einwohnerzahl der Stadt Sangerhausen rapide sinkt und möchte gern wissen, ob es im Vortrag eine Gegenüberstellung Geburten, Sterbefälle und Wegzug gibt, um zu gucken, wo liegt die Ursache?

Herr Michael

sagt, dass man in der Stadtentwicklungsrunde den Fokus auf den Stadtteil Südwest gelegt hat und deshalb sei so eine Gegenüberstellung nicht dabei. Er bestätigt aber die niedrige Geburten- und hohe Sterberate.

Herr Wagner

fragt nach der Tendenz der Geburtenrate? Haben wir das "tiefe Tal" durchschritten haben oder ist es immer noch tief? Weil gefühlt, sieht man wieder mehr Kinderwagen.

Lt. *Herrn Michael*

sind wir im Moment wieder in einem sehr tiefen Tal. Wir haben aber auch Ortsteile, wo in diesem Jahr noch gar kein Kind geboren wurde. Man kann diese Daten für die Stadträte aufarbeiten.

Herr Scholz

fragt, wo können die Vereine mit dem Projekt hin? Müssen wir zur Landesvereinigung für Gesundheit oder geht es zur Stadt? Wir würden sie auf jeden Fall zur Landesvereinigung für Gesundheit weitertragen, weil die letztlich die Projekte dann anhand der Aktivitäten auch bewerten.

Herr Hüttel

hat eine Frage zur Tafel. Schafft die ABI überhaupt noch fast 600 Leute, am Jahresende sind es dann vielleicht 800, zu beköstigen? Die ABI hat sehr viele ehrenamtliche Helfer,

aber die Wege, wo sie halt das Essen ran holen, werden immer weiter, so Frau Große. Denn man kann ja nicht davon ausgehen, dass nur Supermärkte in Sangerhausen angefahren werden, sondern auch in den Ortsteilen bis hin nach Eisleben.

Lt. Frau Rauhut

reicht das Geld vom Teilhabepaket nicht aus für Aktivitäten oder Klassenfahrten. Sie sagt es gibt 30 € und die wollen Klassenfahrten machen für 500 €.

Auch Herr Kotzur

meint, dass passt nicht und die Antragsprozedur ist sehr schwierig. Das Geld aus dem Teilhabepaket reicht ja nicht einmal für den Beitrag in einem Sportverein und selbst eine Klassenfahrt, die 150 € kostet, ist mit dem Teilhabepaket nicht abgedeckt. Man muss die ganze Sache sehr differenziert sehen.

Herr Hüttel

fragt, inwieweit die Beratung sichergestellt ist? Weil die meisten, wissen ja gar nicht, was sie für Rechte haben und was sie beantragen können. Macht das der Landkreis allein oder macht das auch die Kommune?

Herr Michael und Frau Große

antworten, dass die Stadt keine Beratung hat. Aber diejenigen, die nach dem SGB II Leistungen erhalten, kommen zur Beratung in das Jobcenter und erkundigen sich, was sie für Anträge stellen können. Selbst die Geringverdiener haben auch die Möglichkeiten einer Beratung. Die Leiterinnen der Kita's, so weiß Herr Michael, verweisen auch auf die Möglichkeiten.

Frau Liesong

fragt, ob die Schulsozialarbeiter für immer gesichert sind? Oder ist es immer noch eine Kann-Bestimmung?

Herr Michael

sagt, nach seiner Auffassung ist das noch nicht gesichert. Lt. Frau Spröte versucht der Landkreis natürlich die Schulsozialarbeiter über eingestellte Mittel zu behalten, aber bis der neue Fördertopf da ist und angezapft werden kann, gibt es eine Lücke. Gerade im sozialen Bereich wird es einen Fachkräftemangel geben, da ist keiner 2 Monate arbeitslos und freut sich, dass er dann, wenn wieder Geld da ist, weiterbeschäftigt wird. Diese Fachkräfte werden dann in eine neue Beschäftigung übergehen und stehen dann nicht mehr zur Verfügung.

Herr Kotzur

meint, es sieht so aus, als wenn die Landesförderung und ESF hier durchgereicht werden und das Land sich aber nicht im wesentlichen dazu bekennt. Die Schul- und Sozialarbeit, die sehr wichtig ist, wäre dann durchaus gefährdet. Er wird dazu aber nochmal Erkundigungen einholen.

Herr Michael

erläutert, dieses Beispiel aus der Präsentation. Die Stadtentwicklungsrunde hat zuerst auf Spielplätze geguckt hat. Es gibt viele Spielplätze, wie den Spielplatz unterhalb des Ärztehauses (Kamelspielplatz), die man qualitativ deutlich verbessern kann. Dieser Spielplatz ist genau so ein Spielplatz, der eigentlich fast zwischen 2 großen Wohngebieten liegt und auch eine schöne Abschottung drum herum hat. Die Spielplätze in den Wohngebieten sollen eigentlich in erster Linie die Stätten der Bewegungsförderung sein.

Herr Hüttel

sagt, die Idee als solches ist gut, aber wir wissen, wie die Finanzen in der Stadt aussehen. Er fragt, ob man dann wenigstens, wenn die Verwaltung schon mit so einer Superidee kommt, versucht, zusammen mit den Wohnungsgesellschaften Fördermittel zu beantragen, auch im Hinblick auf die Gesundheitsförderung?

Herr Michael

sagt, wir wollen an den Gedanken festhalten und nach Wegen suchen. Über das Projekt "Gesund im Alter" wird es nicht gehen, da werden maximal unsere Senioren gefördert. Bisher hat er noch keinen Fördertopf für Spielplätze gefunden. Wir müssen nun tätig werden.

Herr Wagner

sagt, der Gedanke mit den Spielplätzen und Begegnungsstätten ist sicherlich sehr gut, aber ihn hat die Tatsachen geschockt, dass es nicht so rosig um das soziale Umfeld in der gesamten Stadt Sangerhausen steht. Er ist der Meinung, dass man die Jugendlichen zu einem ordentlichen Schulabschluss animieren sollte und in Arbeit bringen muss, da es auch in der Stadt Sangerhausen Firmen gibt, die händeringend nach Nachwuchs suchen. Man muss sie auch unterstützen, dass sie in Arbeit bleiben, denn es kann ja nicht erstrebenswert sein, dass man HARTZ IV bezieht und dass schon in der 2. bzw. 3. Generation.

Frau Große

erwidert, sie kommt aus dem Jobcenter Halle und hat auch dort mitbekommen, dass das Problem nicht die älteren sind, sondern tatsächlich die Jüngeren. Sie kennen gar nicht, wie es ist, arbeiten zu gehen, da sie familiär vor belastet sind.

Frau Spröte

sagt, die älteren wollen arbeiten und die nimmt keiner und die jüngeren wollen nicht und würden aber genommen werden. Wir haben keine qualifizierten Auszubildenden mehr. Selbst ausbildungsbegleitende Hilfen werden gewährt und es kommt trotzdem zum Abbruch der Ausbildung.

Herr Kotzur

das ist ein Problem des Staates, das lösen wir in der Kommune nicht. Das ist ein Problem des Bildungssystems insgesamt.

Herr Wagner

meint, es kann doch nicht das Ziel der jungen Generation sein, HARTZ-IV-Geld zu beziehen.

Herr Kotzur

das ist auch ein Problem, was wir hier nicht lösen. Aber wenn ein Anreiz zur Arbeit geleistet werden soll, dann geht es nicht drüber, dass ich die Hilfeleistungen kürze, sondern dann muss der, der arbeiten geht, enorm mehr verdienen, damit von der Seite her der Anreiz kommt. Wir haben tiefgreifende Probleme und es sind nicht nur die jungen Leute, die nicht wollen, so *Frau Spröte*.

Frau Rauhut

ganz genau und deshalb dürfte es kein Geld geben, wenn man keine Gegenleistung bringt. Und wenn sie nur in den Gemeinden ein bisschen arbeiten, es ist so viel Arbeit da

Frau Liesong

dass sind Probleme, die lösen wir hier nicht. Sie verweist auf die Geschäftsordnung.

Herr Jung

findet die Sache mit den städtischen Gärten gut. Da gibt es Modelle, wo es wirklich gut läuft, gerade in solchen Problembereichen. Es ist zwar kein Allheilmittel, aber es gibt Beispiele, wo es ganz hervorragend funktioniert. Er hat sich belesen und würde dies gern den anderen Stadträten in der nächsten Ausschusssitzung näher bringen.

Herr Michael

es war für uns tatsächlich überraschend, dass die Wohnungsgesellschaften sagen, Südwest ist für uns kein besonderes Problemgebiet. Wir wissen aber aus den Kita's, aus der Grundschule und aus dem "Buratino, dass es hier natürlich ein Stückchen anders aussieht. Es gibt schon Probleme, die aber doch erstaunlich viel hinter den Wohnungstüren stattfinden. Der Vortrag sollte so ein bisschen auch zeigen, dass uns die Leistungsträger, die wir fordern, auch dort im Stadtteil sehr wichtig sind, wie der Buratino, die ABI, der Alpenverein und andere Sportvereine, die Kita's und die Grundschule. Wir wissen, dass es immer wichtiger wird, diesen Vereinen die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die ihre Arbeit erledigen können und die Stadt ein ganzes Stückchen mitgestalten.

Herr Hüttel

Problem ist, dass uns das Geld fehlt, um die tollen Vorschläge zu verwirklichen. Wir können verstärkt eine Fördermittelstelle in der Stadt schaffen, damit man genau nach solchen Fördermitteln sucht. Er bittet darum, dass man sich mal im Stadtentwicklungsausschuss die Wohngebiete mit den Wohnungsgesellschaften zusammen anschaut, was Parkflächen betrifft. Da könnte man schon einiges ändern, auch mit Spielplätzen, Grünflächen usw., da muss definitiv gerade in diesen Wohngebieten mehr investiert werden und das muss die Stadt nicht alleine machen, da müssen wir mit den Wohnungsgesellschaften im Gespräch bleiben.

Herr Scholz

erwähnt, dass der "Buratino" sehr gute Arbeit leistet und fragt, ob der HappyGo genauso ausgelastet ist oder kann man da evtl. mal was umlagern, weil man im Othal nicht mehr so viele Kinder sieht? Da haben wir Frau Ende viel zu verdanken, dass es so läuft.

Herr Michael

es ist weniger geworden im HappyGo, das stimmt, aber Frau Ende, beides ist Madehouse e.V., hat freie Hand das Personal zu gestalten, so wie sie es braucht.

Herr Kotzur

sagt, Förderprogramme müssen langfristig und nachhaltig sein. Probleme der Lenkungs- runde müssen in den Stadtentwicklungsausschuss mit rein, denn es gilt nicht nur für einen Stadtteil, sondern die ganze Stadt ist zu betrachten. Wie entwickelt sich die gesamte Stadt, wo sind welche Schwerpunkte zu setzen? Daher sieht er die Anzahl der Parkplätze nicht als vordergründiges Problem. Wir müssen nur aufpassen, dass wir unsere Stadt nicht mit ru- hendem Verkehr zu pflastern. Es muss eine vernünftige Lösung gefunden werden.

Frau Rauhut

diese ganze Sache geht immer an den Ortschaften vorbei. In Wippra leben auch Kinder und Jugendliche. Wir hatten auch Aufenthaltsräume, die wir dann leider schließen mussten, weil keine Person da war, die die Aufsicht ausübt. Da müsste auch mal überlegt werden, wenn schon in der Stadt diese Konzentration von HappyGo und Madehouse ist, wie kriegen wir die Kinder hierher und am Abend wieder nach Hause. Lt. *Herrn Michael* könnte man den Versuch gern starten.

Außerdem fragt sie, wie viel ältere Menschen kommen aus den Ortschaften nach Sanger- hausen zur Tafel? Sie glaubt nicht, dass es viele Leute sind, da schon die Busfahrt hierher teurer wäre. Es wundert sie, dass die Zahl derjenigen, die zur Tafel gehen, in der Stadt so arg angestiegen ist und fragt, ob da nicht zu großzügig umgegangen wird?

Lt. *Frau Große*

man muss seine Hilfebedürftigkeit nachweisen. Lt. *Frau Rauhut* gibt es auf den Ortschaften auch viele Leute, die hilfebedürftig sind und aus den o. g. Gründen trotzdem irgendwie auskommen müssen.

Herr Horlbog

fragt, an welche Altersstruktur wird hauptsächlich für den Stadtteil Südwest gedacht? Lt. *Frau Große* an alle Altersstrukturen.

Frau Spröte

wir haben eine Studie gemacht, beruflich, die sich mit Eisleben und Hettstedt befasst und da ging es um diesen demografischen Wandel bezüglich der Einwohnerzahlen. Die Rücklaufquote von unserer Befragung waren von Personen Ü60 und rausgekommen ist, dass bis 2025 weitere 20 % in Eisleben und Hettstedt bereits jegliche Vorkehrungen getroffen haben, den Landkreis zu verlassen oder sich mit dem Gedanken tragen. Und Eisleben und Hettstedt sind nicht anders als Sangerhausen. Sie kann sich nicht vorstellen, dass Gehwege relevant sind, seine Heimatstadt zu verlassen.

Außerdem sagt sie , dass Wolfsberg, Horla und Rotha sich zusammen getan haben und über das Bundesprogramm "Demokratie leben" einfach eine junge Frau für ein Jahr sich rangeholt haben, die aktive demokratische Kinder- und Jugendarbeit dort macht. Vielleicht wäre das für 2020 auch eine Idee für Wippra.

Zur Tafel erwähnt sie, dass in Riestedt die Eislebener Tafel kommt und bietet den dort wohnenden Einwohnern an, sich zu versorgen. Sie kann sich vorstellen, dass das die Eislebener Tafel auch in anderen Ortsteilen macht.

Herr Unger

erklärt nochmals die Aufgaben der Schiedsstelle, schildert auch den monatlichen Zeitaufwand und bittet um Aufnahme der Mitglieder der Schiedsstelle in das Ehrenamt nach §1 und 3. Es wird im Januar durch die Verwaltung einen Antrag geben, der dem Stadtrat vorgelegt wird und die Verwaltung sich einen Vorschlag überlegt, wie sie mit der Entschädigung auch ihrem aufwand umgeht. So dass, wenn der restliche Rat diesem Vorschlag, der dann ergeht, positiv zustimmt, auch eine Aufwandsentschädigung ab 01.02.2020 der Schiedsstelle gewährt werden könnte, so *Frau Spröte*.

Ein Vorschlag von *Herrn Michael*

für die nächste Sitzung lautet, dass man neben der Ehrenamtssatzung auch das Thema Platzkostenberechnung Kita's aufgreift. Das man auch versteht, wie die Platzkosten entstehen und wie sie berechnet werden, dies möchte auch der Finanzausschuss. Wir könnten dann auch gleichzeitig zur Richtlinie des Landkreises Stellung nehmen, wie welche Kosten da veranschlagt sind. Es ergeben sich dann auch weitere Änderungen mit dem Gute-Kita-Gesetz.

Lt. *Herrn Scholz*

könnte man sich auch mal die Kegelbahn im Friesenstadion ansehen, die ist bis dahin fertig. *Herr Michael* schlägt vor, dass man sich die Kita Friedrich Fröbel anschaut und anschließend die Beratung im Friesenstadion macht.

18.40 Uhr = Ende

gez. Birgit Strauch
Protokollführerin

gez. Karoline Spröte
Vorsitzende